Schweizerische Volkspartei (SVP)

Jahresbericht

2006

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5

I. Erfolgsbilanz 7
1. Das Jahr 2006 im Rückblick 7
2. SVP Frauen Schweiz 19
3. Vorstösse der SVP-Fraktion 19
4. Vernehmlassungsantworten der SVP 19
5. Positionspapiere der SVP 21
6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen 22
7. Internet 23

II. Parteiorgane 25
1. Delegiertenversammlung 25
2. Zentralvorstand 27
3. Leitender Ausschuss 31
4. Büro des Leitenden Ausschusses 32
5. Generalsekretariat 33
6. Fraktion der Bundesversammlung 34

III. Eidgenössische Volksabstimmungen 37

IV. Vertretung der SVP in den Kantonsparlamenten 39

V. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE 40

VORWORT

Über 20 Jahre hat sich die SVP gegen den Missbrauch des Asylrechts und für eine kontrollierte Einwanderung engagiert. In den Jahrzehnten seit dem damaligen Vorstoss des Berner SVP-Nationalrats Walther Hofer hat die SVP viel Kritik einstecken müssen. Volksinitiativen, Petitionen, parlamentarische Vorstösse und verschiedenste Wahl- und Abstimmungskämpfe standen im Zeichen der Ausländer- und Asylpolitik. Immer wieder hat die SVP verloren, dort und da auch gewonnen. Im Dezember 2003 kam die Wende: Mit dem Gewinn eines zweiten Bundesratssitzes durch die SVP änderte viel in der Landesregierung. Und es ist klar: Der harte und konsequente Einsatz der SVP hat sich gelohnt. Am 24. September 2006 stimmte eine klare Mehrheit der Stimmbürger dem revidierten Asylgesetz und dem neuen Ausländergesetz zu. Die Zahl der Asylanten ist dank der SVP-Politik markant gesunken – und damit auch die Kosten für das Asylwesen. Die SVP hat gehalten, was sie versprochen hat: In der Asylpolitik ist die Schweiz einen Schritt weiter gekommen.

Einmal mehr hat die SVP-Basis auch im vergangenen Jahr Unterschriften gesammelt: Von April bis Juli sammelten Sektionen und Mandatsträger Unterschriften für das Referendum gegen die „Ostmilliarde“ (Kohäsionsbeitrag an die EU) – mit Erfolg. Über 70'000 Unterschriften kamen zusammen. Die Sammlung lief so erfolgreich, dass die SVP sogar noch die Kraft hatte, dem schweizerischen Gewerbeverband die Kastanien aus dem Feuer zu holen: Das Referendum des SGV gegen die Bundes-Kinderzulagen kam kaum vom Fleck, bis die SVP in letzter Minute noch 20'000 Unterschriften beisteuerte. So konnten im Juli beide Referenden eingereicht werden. Der gute Erfolg der Unterschriftensammlungen zeigt, wie engagiert und motiviert die Basis der SVP arbeitet. Leider war der SVP im November kein Abstimmungserfolg beschieden: Die Stimmbürger akzeptierten beide Gesetze.

Die kantonalen Wahlresultate fielen 2006 mehrheitlich erfreulich aus: In den Kantonen Nidwalden (+7,1%), Glarus (+5,2%) und Fribourg (+4,2%) konnte die SVP teilweise massiv an Wähleranteilen zulegen und sich als Leader im bürgerlichen Lager profilieren. Im Kanton Obwalden hat die SVP leicht an Wähleranteilen gewonnen (+0,4%), aber durch einen ärgerlichen Fehler (Fristversäumnis beim Einreichen der Liste in Giswil) einen Sitz verloren. Dies zeigt: In der politischen Arbeit muss immer auch auf die Details geachtet werden. Dies müssen wir uns gerade im Wahljahr 2007 immer wieder vor Augen halten. Negativ gingen die Wahlen im Kanton Bern aus (-4,4%), wo sich neben anderen Faktoren auch das neue Wahlsystem negativ auf die SVP auswirkte. In den Kantonen Zug und Graubünden, wo in einzelnen Wahlkreisen Majorzwahlen stattfinden und deshalb keine prozentualen Wähleranteile verfügbar sind, verlor die SVP je einen Sitz im Kantonsparlament.

Diese Resultate zeigen: Die Partei hat nach wie vor Potential, und bei den Wahlen 2007 ist es möglich, die angestrebten 100'000 Wähler zu gewinnen. Allerdings erfordert dies von allen Sektionen und Exponenten harte und genaue Arbeit. Packen wir es an!

Gregor A. Rutz
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2006 im Rückblick

JANUAR

Wie üblich am ersten Arbeitstag im neuen Jahr, am 3. Januar 2006, ruft die SVP die Bundeshausjournalisten zu einer Medienkonferenz zusammen. An der gut besuchten Medienkonferenz wird ein **politischer Ausblick auf 2006** gemacht. Im Interesse der kommenden Generationen wird sich die SVP 2006 mit aller Kraft für eine vernünftige, sparsame Finanzpolitik und die Sanierung der Sozialwerke einsetzen. Neben der AHV, der IV und dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) herrscht im Bereich der Arbeitslosenversicherung ALV akuter Handlungsbedarf.

Am 13. Januar stellt die SVP ihr **Bildungspapier „Für eine leistungsorientierte Ausbildung und eine nutzenorientierte Forschung“** der Öffentlichkeit vor. Die Schweiz ist trotz Rohstoffarmut wirtschaftlich erfolgreich – dank geregelter und qualifizierter Arbeit, innovativen Produkten, hohem Qualitätsstandard und einer stabilen Währung. Bildung, Forschung und das daraus resultierende Know-how sind wichtige Voraussetzungen dafür. Der internationalisierte Wettbewerb erfordert jedoch eine Bündelung der Kräfte und eine Selektion der Investitionen in Bildung und Forschung – damit die Schweiz weiterhin erfolgreich sein kann.

FEBRUAR

Am 4. Februar findet im Sport und Freizeit Center Rex in Stans eine **Delegiertenversammlung** statt. Diskutiert werden die wirtschaftspolitischen Grundsätze der SVP. Mit 326:2 Stimmen sprechen sich die Delegierten für das **Forderungspapier „Swisscom: Wettbewerbsfähig für die Zukunft statt staatliches Milliardenrisiko“** aus. Mit grossem Applaus verabschieden die Delegierten den abtretenden Vizepräsidenten der SVP Schweiz, **Nationalrat Jean Fattebert** (VD). Einstimmig zum neuen Vizepräsidenten aus der Westschweiz gewählt wird **Nationalrat Yvan Perrin** (NE).

Am Samstag, 25. Februar findet in der Kaserne Liestal (BL) der **6. nationale SVP-Jasscup** statt.

MÄRZ

Frühjahrssession (06. März bis 24. März 2006)

Bei den Richterwahlen stellt die SVP je einen Kandidaten für das Hauptamt am EVG und einen für das Nebenamt am BG. Für das Hauptamt wird Hansjörg Seiler nominiert und auch klar gewählt. In der ersten Kandidatenkür für das Nebenamt am BG wird Pius Huber nominiert, der nach negativen Schlagzeilen in der Sonntagspresse seine Kandidatur wieder zurückzieht. Die Fraktion nominiert schliesslich den Zweitplatzierten der internen Ausmarchung, Georges Greiner.

Politisch steht die Session ganz im Zeichen des Rüstungsprogramms. Dieses sieht die Beschaffung zweier Transportflugzeuge vor, die praktisch nur für Auslandeinsätze der Schweizer Armee eingesetzt werden können. Aus diesem Grund lehnte sie die SVP-Fraktion ab. Bundesrat Samuel Schmid will die beiden Transportflugzeuge jedoch nicht aus dem Rüstungsprogramm nehmen, weshalb der SVP-Fraktion keine andere Wahl bleibt, als das gesamte Rüstungsprogramm abzulehnen. Prompt fällt das Rüstungsprogramm im Parlament durch. Die Medien stellen fest: An der SVP kommt man in der Sicherheitspolitik nicht mehr vorbei.

Am 2. März fordert die SVP an einer Medienkonferenz eine **6. IV-Revision**. Die Probleme in der Invalidenversicherung (IV) sind seit Ende der 80er-Jahre aus dem Ruder gelaufen. Schon über 18 Milliarden zusätzliche Finanzierungsmittel wurden in die IV gepumpt. Trotz Finanzspritze um Finanzspritze erhöhten sich die Schulden bisher auf über acht Milliarden Franken. Es wird mehr Geld ausgegeben als herein kommt oder anders formuliert, es gibt zu viele Rentenbezüger. Dank dem Druck der SVP wird heute offen über Missbräuche und Scheininvalidität gesprochen. Jetzt gilt es die 5. IV-Revision schnell durch das Parlament zu bringen und die 6. IV-Revision einzuleiten, damit die IV ausgeglichene Resultate erzielen kann.

Am 20. März stellt die SVP an einer bestens besuchten Medienkonferenz ihr neues **Positionspapier „Unsere Regeln gelten für alle“** vor. Seit 25 Jahren ist die SVP permanent im Einsatz für ein konsequentes Vorgehen gegen Asylrechtsmissbrauch und eine restriktive Ausländerpolitik. Erfolge an den Urnen in Zusammenhang mit der Einbürgerungspraxis und im Kampf gegen den Asylrechtsmissbrauch blieben nicht aus. Leider wuchsen der Ausländeranteil in der Schweiz und damit auch die kulturellen und religiösen Probleme (mangelnde Integration und Anpassung, kulturelle Differenzen, religiöse Spannungen etc.) ungebremst weiter. Bereits ist mehr als jeder Fünfte ein Ausländer. Menschen aus 200 verschiedenen Ländern und Kulturkreisen leben in unserem Land. Die Ausländerkriminalität wächst, ebenso die schrankenlose Jugendgewalt. Durch die Zuwanderung zum Sozialsystem (IV, ALV, Sozialhilfe, Krankenkassen) wächst die Belastung für den Staatshaushalt und die Gemeinden. Durch die hohen Ausländeranteile in den Schulen und immer mehr Kindern aus bildungsfernen Familien leidet die Qualität unserer einst hochwertigen Bildung. Es ist Zeit, schweizerische Grundsätze wieder durchzusetzen.

Am 24. März ergreift ein Komitee der SVP das **Referendum gegen das Osthilfegesetz (Kohäsionsmilliarde)** und damit gegen unpräzise Grundlagen für die Zahlungen an die EU. Die SVP steht hinter den beschlossenen bilateralen Verträgen mit der EU und akzeptiert die damit verbundenen Volksentscheide. Das vorliegende Gesetz entspricht jedoch einem Freipass für nach oben offene Zahlungen an die EU, ohne dass eine Kompensation im Budget geregelt würde.

APRIL

Am Samstag, 8. April findet in der Mehrzweckhalle Lust in Maienfeld eine **Delegiertenversammlung** statt. Auf der Traktandenliste stehen die Parolenfassungen für das **Asylgesetz**, das neue **Ausländergesetz** sowie die KOSA-Initiative der Linken. Die Delegierten stimmen mit 400:0 einstimmig für das Asylgesetz und exakt gleich deutlich für das neue Ausländergesetz. Die Parolenfassung zur **KOSA-Initiative** wird kurzfristig von der Traktandenliste genommen. Dies beantragt der Zentralvorstand der Delegiertenversammlung einstimmig.

Die KOSA-Initiative betrifft die zukünftigen Gewinne der Nationalbank. Eine Milliarde Franken des Nationalbankgewinns soll künftig für die Kantone, der Rest für den AHV-Fonds verwendet werden. Grundsätzlich steht die SVP der KOSA-Initiative kritisch gegenüber, denn die SVP will eine handlungsfähige, unabhängige Nationalbank und eine funktionierende, eigenständige Währungspolitik. Über die KOSA-Initiative wird im September abgestimmt. Eigentlich wollte die SVP heute eine Abstimmungsparole fassen, doch leider hat sich die Ausgangslage in den letzten Tagen geändert. Es scheint, dass die Mitte-Parteien CVP und FDP, entgegen früheren Abmachungen, das Gold aus den Währungsreserven, welches dem Bund zufällt, nun doch zur Sanierung der IV einsetzen wollen. Dies, obwohl sich die bürgerlichen Parteien ursprünglich darauf geeinigt haben dafür zu sorgen, dass die IV nicht jedes Jahr mehr Geld ausgibt als sie zur Verfügung hat. Die sieben Milliarden Franken Erträge aus den Goldreserven sollen, wenn es nach den Mitte-Parteien geht, zur Deckung der IV-Schulden verwendet werden. Wenn dieser Wortbruch zutrifft, nehmen CVP und FDP in Kauf, dass Milliarden von Franken Volksvermögen für die Finanzierung von Missbräuchen und Scheininvaliden verwendet werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage der bürgerlichen Allianz gegen die KOSA-Initiative neu. **Die SVP will von den Mitte-Parteien zuerst die Zusicherung, dass die IV vollständig zu gesunden ist, bevor die aufgelaufenen Schulden gedeckt werden**. Golderträge oder allfällige andere Erträge der Nationalbank sind deshalb für den AHV-Fonds zu verwenden. Aus diesem Grund will die SVP vor einer Parolenfassung noch einmal mit den Verantwortlichen der anderen bürgerlichen Parteien, der Wirtschaft und der Nationalbank das Gespräch suchen. Die Parolenfassung wird auf später vertagt.

Am 10. April präsentiert die SVP den Medien und der Öffentlichkeit das 49seitige **Positionspapier „Abgabe der Bundesmehrheit an der Swisscom“**. Die Swisscom im heutigen Spannungsfeld der Interessenskonflikte zu belassen, würde ihre unternehmerische Freiheit stark einschränken. Zudem birgt dieser Zustand grosse Haftungsrisiken für den Hauptaktionär Bund und damit die Steuerzahler. Aufgrund der Veränderungen im Markt besteht dringender Handlungsbedarf. Die SVP hat die Swisscom analysiert und alle Möglichkeiten geprüft, wie das Verhältnis des Bundes zur Swisscom künftig aussehen müsste. Es wurden auch Varianten geprüft, wie das Bundeskapital der Swisscom dem Volk zurückgegeben werden könnte. Die Ergebnisse sind im Positionspapier zusammengefasst worden.

MAI

Sondersession (8. bis 11. Mai 2006)

Wegen rund tausend pendenten Vorstössen führt der Nationalrat im Mai eine viertägige Sondersession durch. Ziel ist es, die Vorstosslast zu reduzieren, was allerdings nur teilweise gelingt. Schwerpunkte der Sondersession: Der Nationalrat behandelt die Einheitskasseninitiative der SP und lehnt sie deutlich ab. Zum anderen ist die Frage der Abgabe der Bundesmehrheit an der Swisscom AG traktandiert. Die SVP-Fraktion tritt klar für die Privatisierung der Swisscom ein und hat dies im Vorfeld der Session auch mit einem fundierten Grundlagenpapier kundgetan. Eine linke Mehrheit des Parlaments, zusammen mit der CVP, verhindert aber, dass auf die Vorlage überhaupt eingetreten wird.

Am 24. Mai wird bekannt, dass der **Schengen-Beitritt teurer** zu stehen kommt, als vom Bundesrat bei der Abstimmung vor einem Jahr versprochen. Zwei Tage später lädt die SVP zur Medienkonferenz. Die Schweiz hat einen wesentlichen Beitrag zu dem mit 3,3 Mrd. Franken veranschlagten EU-Fonds zur Sicherung der Schengen-Aussengrenzen zu leisten. Es muss auf Grund dieser Enthüllungen vermutet werden, dass die aussenpolitischen Kommissionen und die Bevölkerung vor der Schengen-Abstimmung willentlich ungenügend informiert wurden. Wenn es zutrifft, dass der Bundesrat von den Zusatzkosten für die Sicherung der Aussengrenzen gewusst und bewusst nicht informiert hat, ist **die Volksabstimmung zu wiederholen**. Die SVP reicht im Parlament zwei Vorstösse ein und will Antworten auf offene Fragen rund um die manipulierte Schengen-Abstimmung sowie die Kohäsionsmilliarde. Zudem wird die SVP in der kommenden Session **eine parlamentarische Initiative zur Sicherstellung der demokratischen Volksrechte** einreichen.

Am 21. Mai stimmt das Schweizer Volk über die **Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung** ab. Sie ist eine Voraussetzung zur Schaffung eines „einheitlichen Bildungsraumes Schweiz“. Wichtigstes Ziel dieser Revision ist die Pflicht zur Koordination und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im ganzen Bildungsbereich, von der Volks- bis zur Hochschule. Schuleintrittsalter, Dauer und Ziele der verschiedenen Bildungsstufen und die Anerkennung der Abschlüsse sollen landesweit harmonisiert werden. Die SVP steigt mit einer **Ja-Parole** in die Abstimmung. **85,6 Prozent** der Stimmberechtigten stimmen der Vorlage schliesslich zu. Die Stimmbeteiligung sinkt auf einen rekordverdächtigen Tiefstand von nur noch 27,3 Prozent.

JUNI

Sommersession (6. bis 23. Juni 2006)

Die Session beginnt mit der Beerdigung der Privatisierung der Swisscom. Eine Mehrheit des Parlaments unter Führung der Linken und der CVP zieht es vor, die Swisscom in den Bundesfesseln zu belassen und damit das Risiko eines Debakels à la Swissair in Kauf zu nehmen. Positiver aus Sicht der SVP laufen die Debatten um die 5. IV-Revision sowie zum Verbandsbeschwerderecht. In beiden Fällen kann die SVP Erfolge in Bezug auf die Verhinderung von Missbräuchen verzeichnen. Weniger optimal verlaufen die Beratungen bei der Pensionskasse des Bundes. Die SVP muss die Vorlage in der Schlussabstimmung ablehnen, um die Schaffung einer separaten Renterkasse zu verhindern, welche dazu geführt hätte, dass die Leistungen weiterhin zu hoch und eine Sanierung der Bundespensionskasse Publica nur mangelhaft an die Hand genommen werden könnte.

Die Wahl von CVP-Präsidentin Doris Leuthard in den Bundesrat am 14. Juni, wird von den Medien als Event dankbar aufgenommen. Offenbar erscheint die Bundesratswahl den meisten Journalisten auch ohne echte Auswahl interessanter als die kostenträchtigen Geschäfte IV-Revision, CO2-Gesetz oder Verbandsbeschwerderecht. Am Nachmittag des 14. Juni veranstaltet die SVP-Fraktion ihren traditionellen Fraktionsausflug. Diesmal in die Innerschweiz. Nach einer Besichtigung der RUAG Aerospace steht eine Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee sowie ein Besuch der Rütliwiese auf dem Programm.

Weniger spektakulär sind die Richterwahlen in der dritten Sessionswoche. Für die SVP werden der Bundesversammlung Cornelia Cova, für das Bundesstrafgericht in Bellinzona und Jean-Luc Baechler für das Bundesverwaltungsgericht, zur Wahl vorgeschlagen. Die SVP ist diesen beiden Gerichten nun mit einem Sitz mehr vertreten.

JULI

Am 3. Juli informiert die SVP die Medien über die Agrarpolitik. Mit seinen bisherigen Reformschritten der Agrarpolitik hat der Bundesrat die gesteckten Ziele deutlich verfehlt. Die Einkommen der Bauernfamilien sinken und liegen nur noch bei rund 60 Prozent der vergleichbaren Einkommen in der übrigen Bevölkerung. Es droht eine wirtschaftliche und soziale Abkoppelung einer ganzen Berufsgruppe von der Entwicklung der übrigen Bevölkerung. Mit dem nächsten Reformschritt, der **Agrarpolitik 2011** (AP 2011), wollte der Bundesrat die Ergebnisse der **WTO-Verhandlungen** umsetzen. Nachdem sich diese für längere Zeit verzögern, ist die Chance zu nutzen um dringend notwendige Verbesserungen in der Landwirtschaftspolitik vorzunehmen. Die SVP weist die Revision des Landwirtschaftsgesetzes mit diesem Auftrag an den Bundesrat zurück und fordert einen **Verzicht auf ein Agrar-Freihandelsabkommen mit der EU**.

Am 4. Juli laden die drei bürgerlichen Parteipräsidenten Nationalrat Ueli Maurer (SVP), Nationalrat Fulvio Pelli (FDP) und CVP-Interimspräsident, Ständerat Bruno Frick, zur Medienkonferenz. Die drei Parteien setzen sich für ein **Ja zum Asylgesetz** und ein **Ja zum neuen Ausländergesetz** ein. Der Bundesrat, die Mehrheit des Parlaments, die bürgerlichen Parteien und die meisten Verbände unterstützen die Revision des Asylgesetzes sowie das neue Ausländergesetz.

Am 12. Juli reicht ein Komitee der SVP über **70'000 Unterschriften** bei der Bundeskanzlei ein. Das **Referendum gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas** (Osthilfegesetz) ist zustande gekommen. Damit wird das Volk das letzte Wort haben, wenn es darum geht zu entscheiden, ob die Schweiz trotz stetig wachsendem Schuldenberg zusätzliche Milliardenzahlungen an die EU entrichten soll. Die Abstimmung findet im November statt. Die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das Osthilfegesetz lief so erfolgreich, dass die SVP sogar noch die Kraft hatte, dem **schweizerischen Gewerbeverband** die Kastanien aus dem Feuer zu holen: Das **Referendum des SGV gegen die Bundes-Kinderzulagen** kam kaum vom Fleck, bis die SVP in letzter Minute noch 20'000 Unterschriften beisteuerte.

Am 21. Juli stellt die SVP den Medien ihr neues **Positionspapier „Mehr Schweizer Strom aus Eigenproduktion“** vor. Mit dem Auslaufen der Stromverträge mit französischen Kernkraftwerkbetreibern und dem Ende der Betriebsdauer der KKW's Beznau I und II sowie Mühleberg, wird die Schweiz spätestens ab 2020 ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Denn parallel dazu wächst der Strombedarf durch die Technologisierung und Digitalisierung, die Bevölkerung sowie die Mobilität der Menschen. Diese Entwicklung geht einher mit einer unsicheren Weltlage und dem Energiehunger aufstrebender Nationen wie China oder Indien. Die Schweiz muss ihre Strom-Eigenproduktion erhöhen und die Auslandabhängigkeit senken. **Die SVP fordert mehr Energiesouveränität.**

Am 27. Juli startet die SVP den **Abstimmungskampf für das Asyl- und Ausländergesetz**. Lanciert wird eine Doppelkampagne, also eine Verknüpfung der beiden Themen unter dem Titel: **„Missbrauch stoppen“**. Über 75 Prozent aller Asylgesuche stammen von unechten Asylbewerbern, die nicht an Leib und Leben gefährdet sind. 41 Prozent der IV-Renten werden an Ausländer ausbezahlt. Mehr als 41,5 Prozent der Arbeitslosen sind Ausländer.

Mit dem revidierten Asylgesetz und dem neuen Ausländergesetz können die Missbräuche gestoppt werden, ohne dass die humanitäre Tradition der Schweiz in Frage gestellt wird. Im Gegenteil: Sie wird gestärkt. Denn wer Missbräuche bekämpft schafft Gerechtigkeit und ebnet den Weg für die Aufnahme echter Flüchtlinge.

AUGUST

Am 15. August stellt die SVP den Medien ihr **Positionspapier „Die 10 Gebote zur Sanierung des Staatshaushaltes“** vor. Der Bund gibt noch immer mehr aus als er einnimmt. So kann es nicht weitergehen. Die SVP fordert Bundesrat und andere Parteien auf, diese zehn Massnahmen bis zu den Wahlen 2007 umzusetzen. Im Zentrum stehen die Entlastung des Mittelstandes und der Abbau staatlicher Interventionen.

Am Samstag, 19. August, findet in der Waldmannhalle Baar (ZG) eine **Delegiertenversammlung** statt. Es werden die Parolen für die Abstimmung über das **Familienzulagengesetz** sowie die **KOSA-Initiative** gefasst. Beim Familienzulagengesetz fasst die SVP mit **426:3 Stimmen** die Nein-Parole. Die KOSA-Initiative wird mit **391:0 Stimmen** verworfen. Mit grossem Applaus wird die Arbeit von alt Nationalrat Hanspeter Seiler (BE) verdankt, der als Präsident der SVP Senioren zurück getreten ist. Zum Nachfolger an der Spitze der SVP Senioren wird einstimmig Theophil Pfister (SG) gewählt.

SEPTEMBER

Am 15. September informiert die SVP vor den Medien über die **Armeereform**. Die SVP fordert einen **referendumsfähigen Gesetzeserlass** zur neuen Reform. In den nächsten Monaten berät das Parlament eine Reihe von wichtigen militärischen Vorlagen. Es sind dies das Rüstungsprogramm und die militärischen Immobilienkredite, der **Entwicklungsschritt 08/11** sowie die Gesetzesvorlage für **Wiederholungskurse im Ausland**. Die SVP hat mehrfach auf die schleichende Schwächung der Verteidigungsbereitschaft hingewiesen. Jetzt wird sie augenfällig. Die vorgesehenen Reformschritte sind nicht mehr zu verantworten. Die SVP wird den Entwicklungsschritt 08/11 an den Bundesrat zurück weisen und verlangt einen referendumsfähigen Gesetzeserlass, damit die Möglichkeit besteht, die einschneidende Reform ausführlich und breit zu diskutieren.

Herbstsession in Flims (18. September bis 6. Oktober 2006)

Die Herbstsession ist speziell und unvergesslich. Nicht nur die Tatsache, dass man wegen der Renovation des Bundeshauses ausserhalb von Bern in schöner alpiner Umgebung tagt, machte die in Flims stattfindende Session zu etwas Einzigartigem. Das Bündnerland zeigt sich von seiner besten Seite. Neben der landschaftlichen Schönheit beeindrucken vor allem die Organisation und Gastfreundschaft.

Der Nationalrat beschliesst eine steuerliche Erleichterung für Familien, was endlich zu einer Milderung der seit Jahren bestehenden „Heiratstrafe“ führt. Andererseits wird die Unternehmenssteuerreform II verabschiedet. Davon können vor allem die KMU profitieren, welche in Familienbesitz sind. Die SVP-Fraktion lehnt die Armeereform 08/11 im Nationalrat ab. Dieser Reformschritt hätte die Armee zu einer Organisation für Schutz- und Überwachungsaufgaben reduziert. Die mechanisierten Verbände wären um die Hälfte reduziert, die Kapazitäten für Auslandeinsätze jedoch verdoppelt worden.

Der Ständerat hat in Flims darüber zu befinden, ob der von der SVP lancierten Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung ein direkter Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden soll oder nicht. Trotz der ablehnenden Haltung des Departementsvorstehers beweisen die Ständeräte Weitsicht bieten Hand zur Inangriffnahme einer Lösung der akuten Probleme im Gesundheitswesen.

Am 24. September ist Volksabstimmung. Mit 58,3 Prozent NEIN-Stimmen wird die **KO-SA-Initiative** wunschgemäss verworfen. 68,0 Prozent der Stimmenden sagen **JA zum neuen Ausländergesetz** und 67,8 Prozent **JA zum Asylgesetz**. Die Stimmbeteiligung liegt bei beiden ausländerpolitischen Vorlagen bei hohen 48,4 Prozent. Die SVP und der zuständige Bundesrat Christoph Blocher feiern einen grossen Erfolg und können eine Volksmehrheit hinter ihrer Ausländer- und Asylpolitik wissen. Die Linke hat gut ein Jahr vor den Eidgenössischen Wahlen eine Niederlage eingefahren.

Am 30. September führt die SVP eine **ausserordentliche Delegiertenversammlung** im Luxory Grenchen (SO) durch. Auf dem Programm steht die Parolenfassung über das SVP-Referendum gegen das **Osthilfegesetz** (Kohäsionsmilliarde). Die Versammlung beschliesst **mit 277:3 Stimmen die Nein-Parole**.

OKTOBER

Am 26. November 2006 stimmen die Schweizer über zwei Vorlagen ab, die Milliarden von Steuerfranken Mehrausgaben bedeuten. Eine Mehrheit von Bundesrat und Parlament will die **Ost-Milliarden** und die **Erhöhung der Familienzulagen** auf Pump erzwingen. Die Forderung der SVP, die Kohäsionsmilliarde durch Einsparungen zu kompensieren und als Höchstbetrag im Gesetz zu begrenzen, wurde nicht erfüllt. Aus finanzpolitischen Gründen empfiehlt die SVP den Stimmbürgern deshalb, 2xNein gegen die Ost-Milliarden und das Zulagen-Gesetz zu stimmen. Die SVP startet am 9. Oktober die Abstimmungskampagne mit einer Medienkonferenz in Bern.

Am 17. Oktober fordert die SVP an einer Medienkonferenz **die Herstellung von Transparenz über offene Fragen zu den Eisenbahngrossprojekten (NEAT/Finöv).** 1992 stimmte das Volk der Neuen Eisenbahnalpentransversale (NEAT) zu. Es folgten politische Fehlentscheide und es kam zu starken Kostenüberschreitungen. Schon Mitte der Neunziger Jahre zeigte sich, dass für die NEAT kein rentabler Betrieb möglich ist. Doch in der Schweiz wurde weiterhin mit der grossen Kelle angerichtet. Das vom Volk 1998 für die Eisenbahngrossprojekte bewilligte Kostendach von 30.5 Milliarden Franken ist bald überschritten. Angesichts dieser Entwicklungen verlangt die SVP unter anderem eine **straffere Führung durch das UVEK**, eine **neue Volksabstimmung**, den **Einbezug der EU zur Finanzierung** und einen Bericht über die Übereinstimmung unserer Verkehrspolitik mit derjenigen der EU.

Am 21. Oktober findet der **Programmparteitag** der SVP in Fribourg statt. Die Delegierten haben über den Entwurf der **Wahlplattform** zu befinden. Titel: **„Mein Zuhause – unsere Schweiz.“** Insgesamt werden 49 Anträge eingereicht und behandelt. Am Schluss stimmen die Delegierten der Wahlplattform 2007-2011 einstimmig zu. In Fribourg wird der Glücksbringer der SVP für die Wahlen 2007 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um den sechsjährigen Geissbock Zottel. Seit dem 21. Oktober 2006 kann man Zottel im Internet über **www.svp-zottel.ch** 24 Stunden am Tag besuchen und sogar via Kamera einen Blick in seinen Stall werfen.

NOVEMBER

Am 16. November führt die SVP eine sehr gut besuchte Medienkonferenz zum Thema **„Ja zur Meinungsäusserungsfreiheit – Nein zur Bevormundung der Bürger“** durch. Die Rassismusstrafnorm dient Rot-grün zunehmend als Vehikel, um eine Diskussion über Einwanderungspolitik, Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausländerkriminalität, Islamismus oder Entwicklungshilfe möglichst schon im Keime zu ersticken. Davon betroffen ist das ganze Volk. Dass missliebige Meinungsäusserungen (mit Aussicht auf Erfolg) ohne weiteres eingeklagt werden können, darf in einem freien und demokratischen Rechtsstaat nicht vorkommen. Aus diesem Grund setzt sich die SVP für eine Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit und für die **Streichung des Antirassismus-Artikels** (Art. 261bis StGB) ein.

Am 23. November geht die SVP an einer Medienkonferenz auf den **Voranschlag 2007** und die **tief verschuldete IV** ein. Trotz der guten Konjunktur führt der Voranschlag nicht zu einem Schuldenabbau. Die SVP ist nicht bereit, Erhöhungen der Lohnprozente oder zusätzliche Mehrwertsteuern für die Fortsetzung der Fehlentwicklungen bei der IV in Kauf zu nehmen, um die über Jahre praktizierten Führungsfehler der Sozialdemokraten (Dreifuss, Piller, Breitenmoser) auszubügeln. Es braucht umgehend eine 6. IV-Revision.

Am 26. November sagt das Stimmvolk knapp mit nur 53,4 Prozent der Stimmen **Ja zum Osthilfegesetz**. Ebenfalls sagt das Volk mit 68 Prozent Ja zum Familienzulagengesetz.

DEZEMBER

Wintersession (4. bis 20. Dezember 2006)

Die Wintersession steht im Zeichen der Budget-Beratung für das kommende Jahr. Das Ergebnis des Voranschlags 2007 sieht einen Überschuss von 904 Millionen Franken vor, was angesichts der positiven Wirtschaftslage ein eher dürftiges Resultat darstellt. Mit Ihren Anträgen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts bleibt die SVP einmal mehr alleine in der Minderheit – denn CVP und FDP sind in einem Vorwahljahr nicht bereit, Einsparungen vorzunehmen. Die SVP-Fraktion lehnt den Voranschlag in der Schlussabstimmung ab und fordert ein neues Entlastungsprogramm 2008, um die ab 2008 schon wieder drohenden Defizite aufzufangen.

Diverse Vorfälle von Jugendgewalt und Ausländerkriminalität führen dazu, dass die SVP ein koordiniertes Paket an Vorstössen einreicht. Die SVP fordert unter anderem die Wiedereinführung der Landesverweisung, die Ausweisung von Eltern straffälliger Ausländerkinder, die Kürzung von Sozialversicherungsleistungen auf Nothilfeniveau bei straffälligen Ausländern sowie eine Strafverschärfung bei Vergewaltigungen. Weitere wichtige Sessionsgeschäfte sind die Bereinigung des Bundespensionskassengesetzes, bei welchem die Räte den Anträgen der SVP grossmehrheitlich Folge leisten, die Verabschiedung des Rüstungsprogramms 2006 und die Beratung einer Parlamentarischen Initiative von Ständerat Hans Hofmann, mit welcher das Verbandsbeschwerderecht restriktiver gehandhabt wird. Schliesslich berät der Ständerat als Erstrat die Agrarpolitik 2011.

Die Räte wählen die SVP-Vertreter Nationalrat André Bugnon (VD) und Ständerat Christoffel Brändli (GR) am 4. Dezember 2006 mit guten Resultaten zu den ersten Vize-Präsidenten ihrer jeweiligen Kammer. *SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, welche trotz Unterstützung aller Fraktionen, mit nur 147 Stimmen zur Bundespräsidentin für 2007 gewählt wurde, erzielt das schlechteste Wahlresultat für dieses Amt seit 70 Jahren.*

2. SVP Frauen Schweiz

Im Berichtsjahr kommen die Delegierten der SVP Frauen Schweiz viermal zu einer Plenarversammlung zusammen. Bereits an der Januarversammlung befassen sie sich mit den eidgenössischen Wahlen 2007. Sie treten aus der Organisation „Frauen-Info“ aus, da diese ihrem statutarischen Auftrag für eine neutrale Information über aktuelle Themen nicht mehr gerecht wurde. Der Austritt warf in den Medien hohe Wellen.

Interessante und aussergewöhnliche Frauen wie beispielsweise Silvia Blocher informieren über ihre politischen und persönlichen Überzeugungen und Anliegen. Die SVP Frauen Schweiz befassen sich eingehend mit den eidgenössischen Vorlagen und fassen ihre Parolen dazu.

Erstmals findet eine Versammlung der SVP Frauen in der Westschweiz (Fribourg) statt. Dies im Hinblick auf den Ausbau der Kontakte und der gegenseitigen Unterstützung. Mit sieben Presscommuniqués informieren die SVP Frauen Schweiz im Berichtsjahr über ihre Positionen zu eidgenössischen Vorlagen, falsch verstandener Frauenpolitik, den Wahlen 2007, zur linken Politik der Kirchen, zur erschreckenden Zunahme der Jugendgewalt und zu ihren parteipolitischen Zielen für die eidgenössischen Wahlen 2007.

3. Vorstösse der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion wurden im Berichtsjahr 12 **Parlamentarische Initiativen**, 58 **Motionen**, 22 **Postulate**, 83 **Interpellationen** und 22 **Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht der Vorstösse können Sie im Internet www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnem Ratsmitglieder, Datum oder Thema abrufen.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2006 hat die SVP an **42 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Eidgenössische Volkszählung 2010
- Internationale Gesundheitsvorschriften (Revision internationales Sanitätsreglement)
- Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG)
- Bundesgesetz über die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken im Ausland / Änderung des Raumplanungsgesetzes
- Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG
- Anhörung über den Entwurf zur Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV)
- Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG)
- Änderung des Obligationenrechts (Miete)

- Teilrevision der Verordnung der Bundesversammlung vom 4. Oktober 2002 über die Organisation der Armee
- Änderung der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV)
- Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge (Gaststaatengesetz, GStG)
- Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge
- Fakultativprotokoll vom 6. Oktober zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
- Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht
- Änderung der Grundversorgungsbestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung
- Entwurf zu einer Verfassungsbestimmung und einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG)
- Revision der Vo. Über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (BSV) und der Vo über die Abgasemissionen von Schiffsmotoren auf schweizerischen Gewässern (SAV)
- Verordnung über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Person im öffentlichen Veterinärdienst und Änderung der Tierseuchenverordnung
- Bundesgesetz über die Produktesicherheit (PSG)
- Parlamentarische Initiative. Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen
- Parlamentarische Initiative. Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen
- Vo über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Entwurf zu einer Vo über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von Druckgeräten (Druckgeräteverwendungsverordnung)
- Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG). Revision des Elektrizitätsgesetzes (EleG). Konsultation Subkommission UREK-S
- Anpassung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb im Zusammenhang mit der Durchführung der Fussball-Europameisterschaft 2008
- Anhörung zur Vo über die kollektiven Kapitalanlagen (KAV)
- Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen
- Vo Pollutant Release and Transfer Register
- Sachplan geologische Tiefenlager – Konzeptteil
- Änderungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)
- Gesetzgebungsvorlage für den Güterverkehr (Güterverkehrsvorlage)
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Anhörung über den Entwurf zur Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV)
- Anhörung zur Verordnung über die Versichertenkarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (VVK)
- Parlamentarische Initiative Fluglärm. Verfahrensgarantien – Vorentwurf der Kommission
- Strukturreform in der beruflichen Vorsorge. Massnahmen für ältere Arbeitnehmende (Bericht des Bundesrates)

- Bundesgesetz über internationale Kindsentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen
- Änderung der Schwerverkehrsabgabeordnung (SVAV)
- Totalrevision der Tierschutzverordnung
- Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung
- Teilrevision der Fachhochschulverordnung
- Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2006 werden neun Positionspapiere erarbeitet*:*

Januar	Leistung fordern – Leistung fördern. Für eine leistungsorientierte Ausbildung und eine nutzenorientierte Forschung
Februar	Swisscom: Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft statt staatliches Milliardenrisiko
März	Asyl- und Ausländerpolitik: Unsere Regeln gelten für alle
April	Abgabe der Bundesmehrheit and der Swisscom
Juli	Schweizer Strom aus Eigenproduktion
August	10 Gebote zur Sanierung des Staatshaushaltes
September	Für eine bedrohungsgerechte Milizarmee
Oktober	Schluss mit dem ÖV-Gewurstel! Herstellung von Transparenz über offene Fragen zu den Eisenbahngrossprojekten (NEAT/FinöV)
November	Ja zur Meinungsäusserungsfreiheit – Nein zur Bevormundung der Bürger. Kritische Anmerkungen zum Antirassismus- Artikel

6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2006 veröffentlicht die SVP **125 Pressecommuniqués** *(Vorjahr 100)*. Die SVP Frauen publizieren zusätzliche 7 Pressecommuniqués. Im Berichtsjahr werden **52 Ausgaben des Pressedienstes** hergestellt und verschickt, davon eine Sonderausgabe zur Ausländer- und Jugendgewalt. Wie immer werden **zwölf Ausgaben der Parteizeitung** publiziert. Im Dezember wechselt die Parteizeitung den Namen und das Layout. Aus **SVPja** wird **SVP-Klartext**. Die Auflage beträgt Ende 2006 53'500 Exemplare. Seit Dezember steigen die Auflage von SVP-Klartext sowie das Inseratevolumen wieder markant an. Das neue vierspaltige und vierfarbige Layout der Parteizeitung SVP-Klartext findet Gefallen bei den Leserinnen und Lesern.

Im Jahr 2006 führt die SVP **19 Medienkonferenzen** durch *(Vorjahr 15).* Medienkonferenzen finden statt zu:

03.01.2006	Politischer Ausblick auf 2006
13.01.2006	Mehr Wettbewerb bei Bildung und Forschung
02.03.2006	SVP fordert 6. IV-Revision
20.03.2006	Ausländerpapier: Unsere Regeln gelten für alle
24.03.2006	SVP-Referendum gegen das Osthilfegesetz
10.04.2006	Swisscom-Strategie der SVP
26.05.2006	Schengen-Skandal: Muss die Abstimmung wiederholt werden?
03.07.2006	Agrarpolitik: Die Forderungen der SVP
04.07.2006	CVP, FDP und SVP sagen zweimal Ja zum Ausländer- und Asylgesetz (PK der drei Parteipräsidenten)
12.07.2006	SVP sammelt über 70'000 Unterschriften gegen das Osthilfegesetz
21.07.2006	Mehr Schweizer Strom aus Eigenproduktion
27.07.2006	2xJa zum Asyl- und Ausländergesetz
15.08.2006	10 Gebote zur Sanierung des Staatshaushaltes
15.09.2006	SVP fordert referendumsfähigen Gesetzeserlass zur neuen Armeereform
09.10.2006	Ost-Milliarden und Zulagen-Gesetz: 2 x Nein
17.10.2006	Schluss mit dem ÖV-Gewurstel (Neat/FinöV)
16.11.2006	SVP will Meinungsäusserungsfreiheit stärken (Antirassismus-Artikel)
17.11.2006	Mit Telefoninformation gegen die Ost-Milliarden
23.11.2006	Nein zur IV-Zusatzfinanzierung und zum Budget ’07

7. Internet

Die Anzahl Seitenaufrufe seit 2002 bei **www.svp.ch** wächst. Mit 393'697 aufgerufenen Inhaltsseiten wird im Monat März 2006 erstmals der bisherige Spitzenmonat Oktober 2003 (Wahlen'03) übertroffen. Grund für das grosse Interesse der Internet-Besucher müssen die Veröffentlichung des neuen SVP-Positionspapiers „Unsere Regeln gelten für alle" und die Bekanntgabe des Referendums gegen das Osthilfegesetz gewesen sein. Zwei der wichtigsten Themen der SVP, Ausländerpolitik und die EU, über mehrere Tage das Tagesgespräch – dies führt zu einem erhöhten Informationsbedarf und zu einer Höchstnutzung des Internet-Auftritts. Im Jahr 2006 werden total **3'696'043 Inhaltsseiten** vom SVP-Server abgerufen (Vorjahr: 3'500'000). Das entspricht sage und schreibe **422 Seiten pro Stunde**.

Ende März schaltet die SVP als erste Bundesratspartei ein **Diskussionsforum** (BLOG) ins Internet. Bis Ende Jahr besuchen gegen eine halbe Million Internet-Nutzer dieses Forum.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus 750 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei.

Delegiertenversammlung vom 4. Februar 2006 in Stans (NW)

Wirtschaftspolitische Grundsätze der SVP

Bundesrat Christoph Blocher erklärt die Haltung des Bundesrats zu staatlichen Beteiligungen und Monopolen. Es werden an der DV vier Grundsätze für ein neues Positionspapier zur Bundesbeteiligung an der Swisscom verabschiedet.

Abstimmung
Mit 326:2 Stimmen wird den vier wirtschaftspolitischen Grundsätzen zugestimmt und die SVP beauftragt, ein Positionspapier zur Haltung gegenüber den Bundesbeteiligungen an der Swisscom zu erarbeiten.

Wahlen
Unter grossem Applaus verabschieden die Delegierten den abtretenden Vizepräsidenten der SVP Schweiz, **Nationalrat Jean Fattebert** (VD). Einstimmig zum neuen Vizepräsidenten aus der Westschweiz gewählt wird **Nationalrat Yvan Perrin** (NE).

Delegiertenversammlung vom 8. April 2006 in Maienfeld (GR)

Parolenfassung zu Asylgesetz, Ausländergesetz und KOSA-Initiative

Am Tag vor der Delegiertenversammlung wird der Zentralvorstand darüber informiert, dass Vertreter der Mitte-Parteien sich an Kommissionssitzungen dahingehend geäussert haben, den Bundesanteil an den Goldreserven der Nationalbank trotz gegenteiliger Vereinbarung für die Finanzierung der IV-Schulden zu verwenden. Auf Grund dieser neuen Entwicklung wird die Parolenfassung über die KOSA-Initiative (Gewinne der Nationalbank in die AHV) von der Traktandenliste genommen (s. Details im Jahresbericht).

Parolenfassung
Asylgesetz: Zustimmung mit 400:0 Stimmen
Ausländergesetz: Zustimmung mit 400:0 Stimmen

Delegiertenversammlung vom 19. August 2006 in Baar (ZG)

Parolenfassung Familienzulagengesetz und KOSA-Initiative

Die Delegierten sagen mit 426:3 Stimmen Nein zum Familienzulagengesetz und lehnen auch die KOSA-Initiative mit 391:0 Stimmen ab.

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 30. September 2006, Grenchen (SO)

Parolenfassung zum Osthilfegesetz (Kohäsionsmilliarde)

Die Nationalräte André Bugnon, Otto Laubacher, Walter Wobmann und Luzi Stamm zeigen auf, worum es beim Osthilfegesetz geht, wie die Debatte in den beiden Parlamentskammern gelaufen ist und warum die SVP das Referendum dagegen ergriffen hat.

Parolenfassung
Mit 277:3 Stimmen beschliessen die Delegierten die Nein-Parole.

Programmparteitag vom 21. Oktober 2006 in Fribourg

Wahlplattform 2007-2011: Mein Zuhause – unsere Schweiz

In monatelanger Arbeit wurde die Wahlplattform für die Legislatur 2007-2011 erarbeitet. Nun wird das Werk mit dem Namen „Mein Zuhause – unsere Schweiz“ den Delegierten vorgelegt. 49 Anträge werden gestellt und am Programmparteitag diskutiert.

Schlussabstimmung
Einstimmig verabschieden die Delegierten die Wahlplattform.

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 106 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1: (Stand: 31.12.2006)

Parteipräsident	NR Ueli Maurer, ZH	
Vizepräsidenten	NR Toni Brunner, SG	
	NR Yvan Perrin, NE	
	Sylvia Flückiger, AG	
Vertreter der SVP im Bundesrat	BR Christoph Blocher, ZH	
	BR Samuel Schmid, BE	
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader, BL	
Generalsekretär	Gregor A. Rutz, ZH	
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gygax, BE	
Präsident SVP Senioren	NR, Theophil Pfister, SG	
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel	
Präsidenten Kantonalparteien	AG	Thomas Lüpold
	AI	Barbara Koch Emil Mock
	AR	Edgar Bischof
	BE	NR Rudolf Joder
	BL	Dieter Spiess
	BS	NR Jean Henri Dunant
	FR	Jean-Luc Rimaz
	GE	NR André Reymond
	GL	Peter Rothlin
	GR	Barbara Janom Steiner
	JU	Roland Koller
	LU	NR Otto Laubacher
	NE	NR Yvan Perrin
	NW	Peter Wyss
	OW	Albert Sigrist
	SG	NR Toni Brunner
	SH	Werner Bolli
	SO	Heinz Müller
	SZ	NR Pirmin Schwander

	TG	Martin Stuber
	TI	Paolo Clemente Wicht
	UR	Gusti Planzer
	VD	Gérald Nicod
	VS	Raphaël Filliez (Unterwallis)
	VS	Franz Ruppen (Oberwallis)
	ZG	NR Marcel Scherer
	ZH	Hansjörg Frei
	JSVP	Désirée Stutz

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - Lieni Füglistaller - vakant
AI	- Martin Ebneter
AR	- Jakob Freund
BE	- NR Adrian Amstutz - Jolanda Brunner - Aliki M. Panayides - Anneliese Vaucher - Franziska Schluep
BL	- Thomas de Courten - Richard M. Schneider
BS	- Sebastian Frehner - Andreas Ungricht
FR	- Daniel C. Schär - Véronique Jolliet
GE	- Eric Bertinat - NR Jacques Pagan
GL	- Ernst Luchsinger
GR	- Heinz Dudli - NR Hansjörg Hassler
JU	- Philippe Müller
LU	- René Kuhn - NR Josef Kunz

NE	- vakant - Walter Willener
NW	- Daniel Zwyssig
OW	- Adrian Halter
SG	- Stefan Kölliker - Cornelia Schaub - Markus Straub
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehrsam - NR Walter Wobmann
SZ	- Ueli Brügger - Judith Übersax
TG	- Hermine Hascher - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Pascal Dessauges - Claude-Alain Voiblet
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - NR Oskar Freysinger (Valais romand)
ZG	- Vreni Althaus
ZH	- Josephine Bianda - NR Max Binder - NR Toni Bortoluzzi - Alfred Heer - NR Ernst Schibli - NR Ulrich Schlüer - Claudio Zanetti
JSVP	- Erich Hess - Roland Vonaesch

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2:
(Höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- Susanne Huber
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchlinger
LU	- Hannes Estermann
SG	- NR Jasmin Hutter - Marianne Steiner
SH	- Cornelia Stamm Hurter
SZ	- Monika Lienert
TI	- Marco Chiesa
VD	- Michaël Buffat
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten. (Stand 31.12.2006)

Der Präsident der SVP Schweiz	NR Ueli Maurer
Die drei Vizepräsidenten	NR Toni Brunner
	NR Yvan Perrin
	GR Sylvia Flückiger
Die Vertreter im Bundesrat	BR Christoph Blocher
	BR Samuel Schmid
Der Fraktionspräsident	NR Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Die Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	Hansjörg Frei, ZH
	NR Rudolf Joder, BE
	Thomas Lüpold, AG
	NR Toni Brunner, SG
	NR Otto Laubacher, LU
	Gérald Nicod, VD
Die Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Der Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Teophil Pfister
Die Präsidentin Junge SVP Schweiz	Désirée Stutz (SG)
Beisitzer Büro LA	NR Adrian Amstutz
Vertreter der Romandie	NR Jacques Pagan (GE)
Vertreter der italienischen Schweiz	GR Eros Mellini (TI)
Vertreterin der romanischen Schweiz	Barbara Janom Steiner (GR)
Weitere Mitglieder	Michèle Blöchliger NR Hans Fehr Raphael Filliez SR This Jenny NR Christoph Mörgeli NR Pirmin Schwander NR Hansjörg Walter

4. Büro des Leitenden Ausschusses

Das Büro des Leitenden Ausschusses (Büro LA) setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen. (Stand: 31.12.2006)

Funktion	
Der Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Ueli Maurer
Der Vizepräsident	Nationalrat Toni Brunner
Der Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin
Die Vizepräsidentin	Grossrätin Sylvia Flückiger
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Beisitzer	Nationalrat Adrian Amstutz

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Im Berichtsjahr arbeiteten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Generalsekretariat:
(Stand: 31.12.2006)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Rutz Gregor A., Küsnacht (ZH)
Assistentin d. Generalsekretärs	Küng Rahel, Bern (BE)
Fraktionssekretär	Panayides Aliki M., Ostermundigen (BE), bis 8.10.06 Martin Urs, Oberaach (TG), seit 9.10.06
Pressesprecher	Jäggi Roman S., Fulenbach (SO)
stv. Pressesprecher	Glauser Simon, Bern (BE), bis 30.11.06
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Porchet Thomas, Winterthur (ZH), bis 31.1.06 Voellmy Kaspar, Bern, seit 16.1.06
	Martin Urs, Oberaach (TG), bis 8.10.06 Lüchinger Gabriel, Bern, seit 1.11.06
	Grünenfelder Jeannine, Wangs (SG), bis 31.10.06 Dagai Miriam, Oberwangen (BE), seit 1.12.06
Coordinatrice / Coordinateur UDC Romandie	Demont Gilberte, Murten (FR), bis 30.11.06 Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD), seit 1.12.06
Schulung/Frauen	Kaufmann Ilse, Bülach (ZH)
Sekretariatsleitung / Fraktionsassistentin	Kürschner Daniela, Neuenegg (BE)
Sekretariat	Rebora Susanne, Schliern (BE)
Projektbeauftragter	Zollinger Markus, Zürich (ZH)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesräte

- Schmid Samuel, Vorsteher VBS, Rüti b. Büren (BE); gewählt am 6.12.2000; im Amt seit 1.1.2001
- Blocher Christoph, Vorsteher EJPD, Herrliberg (ZH); gewählt am 10.12.2003, im Amt seit 1.1.2004

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2006)

AG	Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Mathys Hans-Ulrich, Holziken Lieni Füglistaller, Rudolfstetten Stamm Luzi, Baden
BE	Amstutz Adrian, Sigriswil Haller Ursula, Thun Joder Rudolf, Belp Oehrli Fritz Abraham, Teuffenthal Schenk Simon, Trubschachen Schmied Walter, Moutier Wandfluh Hansruedi, Frutigen Weyeneth Hermann, Jegenstorf
BL	Baader Caspar (Fraktionspräsident), Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Dunant Jean Henri, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Pagan Jacques, Genf Reymond André, Veyrier

GR	Gadient Brigitta M., Chur Hassler Hansjörg, Donath
LU	Kunz Josef, Grosswangen Laubacher Otto, Kriens Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnat-Kappel Hutter Jasmin, Altstätten Pfister Theophil, Flawil
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen
TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
VD	Bugnon André, Saint-Prex Fattebert Jean, Villars-Bramard Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Kaufmann Hans, Wettswil Keller Robert, Pfäffikon Maurer Ueli, Wernetshausen Mörgeli Christoph, Uerikon Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Schlüer Ulrich, Flaach Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

Ständeräte (Stand: 31.12.2006)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
BE	Lauri Hans, Münsingen
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang
ZH	Hofmann Hans, Horgen

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN

Volksabstimmung vom 21. Mai	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Bildungsartikel	Ja	Ja	Ja	Ja	85.6 %	14.4 %	20+6/2	0	angenommen

Volksabstimmung vom 24. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
„Nationalbankgewinne für die AHV“	Nein	Nein	Nein	Ja	41.7 %	58.3 %	-	-	abgelehnt
Ausländergesetz	Ja	Ja	Ja	Nein	68.0 %	32.0 %	-	-	angenommen
Asylgesetz	Ja	Ja	Ja	Nein	67.8 %	32.2 %	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 26. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Osthilfegesetz	Nein	Ja	Ja	Ja	53.4%	46.6 %	-	-	angenommen
Familienzulagengesetz	Nein	Nein	Ja	Ja	68.0 %	32.0 %	-	-	angenommen

IV. VERTRETUNG DER SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2006)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2005	29.3 %	46	140
AI	2003	*	*	49
AR	2003 (alle 3 Jahre)	*	8	65
BE	2006	27.4 %	47	160
BL	2003	21.8 %	20	90
BS	2004	12.0 %	15	130
FR	2006 (alle 5 Jahre)	16.0 %	18	110
GE	2005	9.6 %	11	100
GL	2006	31.5 %	26	80
GR	2006 (alle 3 Jahre)	*	32	120
JU	2006	5.8 %	3	60
LU	2003	21.7 %	26	120
NE	2005	15.8 %	17	115
NW	2006	19.5 %	10	60
OW	2006	13.8 %	6	55
SH	2004	35.6 %	30	80
SO	2005	17.6 %	17	100
SG	2004	24.6 %	45	180
SZ	2004	29.3 %	27	100
TG	2004	32.8 %	47	130
TI	2003	4.6 %	6	90
UR	2004	16.8 %	9	64
VD	2002	12.2 %	22	180
VS	2005	7.2 %	6	130
ZG	2002	21.6 %	18	80
ZH	2003	30.2 %	61	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	contact@hauslydia.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.svp-fr.ch	sekretariat@svp-fr.ch
GE	www.udc-geneve.ch	info@udc-geneve.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretariat@udc-jura.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-stgallen.ch	sekretariat@svp-stgallen.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ticino.ch
UR	www.svp-uri.ch	svp@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	renato.julier@gmx.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	sg@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch